



CDU-Landesgruppe
Baden-Württemberg

Fürs Ländle in Berlin!

16. März 2018



Angela Merkel erneut zur Kanzlerin gewählt



Angela Merkel ist erneut zur Bundeskanzlerin gewählt worden. Bei der Wahl im Bundestag erhielt die CDU-Vorsitzende die Stimmen von 364 Abgeordneten und damit die erforderliche Kanzlermehrheit für eine vierte Amtszeit. Nach der Ernennung durch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wurde die Kanzlerin im Parlament vereidigt. Knapp ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl kann damit die neue Koalition aus CDU, CSU und SPD die Arbeit aufnehmen. Nach Überreichen der Ernennungsurkunde und dem Amtseid gab ihr Bundestagspräsident **Dr. Wolfgang Schäuble** seine guten Wünsche mit auf den Weg: „Kraft und Erfolg und Gottes Segen bei Ihrer großen Aufgabe“.

Die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag gratuliert Angela Merkel zur Wiederwahl als Kanzlerin: „Große Koalition, knappe Mehrheit, enorme Aufgaben: Endlich haben wir eine stabile Regierung, jetzt müssen wir mit Hochdruck an die Arbeit, und so Vertrauen zurückgewinnen. Konrad Adenauer wurde mit einer Stimme Mehrheit gewählt, bei Angela Merkel waren es heute neun. Herzlichen Glückwunsch - die Kanzlerin hat die volle Unterstützung der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg!“, so der Vorsitzende der Landesgruppe, **Andreas Jung** (Wahlkreis Konstanz).

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende **Volker Kauder** (Wahlkreis Rottweil-Tuttlingen) zeigte sich ebenfalls erfreut über die Wiederwahl Merkels, die seit 2005 im Amt ist. Auch er rief der Koalition, zügig an die Arbeit zu gehen: „Wir haben sechs Monate aufzuholen und eine Reihe wichtiger Projekte, die wir auf den Weg bringen wollen“.

Eine Staatsministerin, vier Staatssekretäre!



Annette Widmann-Mauz
Staatsministerin für Migration, Integration
und Flüchtlinge im Bundeskanzleramt



Thomas Bareiß
Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie



Norbert Barthle
Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit



Steffen Bilger
Bundesministerium für Verkehr und
digitale Infrastruktur



Hans-Joachim Fuchtel
Bundesministerium für Ernährung und
Landwirtschaft

„Politik wäre ärmer ohne Frauen, die mitgestalten“



Anlässlich des Weltfrauentages am 8. März äußert sich die Bundesvorsitzende der Frauen Union, Abgeordnete für den Wahlkreis Tübingen-Hechingen und frisch vereidigte Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin, **Annette Widmann-Mauz**, zu den frauenpolitischen Schwerpunkten der neuen großen Koalition:

„Als ich ein kleines Mädchen war, waren Politiker Männer. Jetzt mit Angela Merkel ist es für junge Mädchen selbstverständlich, dass das höchste Regierungsamt mit einer Frau besetzt ist. Das ist wichtig, damit Mädchen und Frauen diesen Weg selbstbewusst einschlagen. Politik wird vielfältiger und reicher, wenn wir die Vielfalt der Geschlechter und andere gesellschaftliche Aspekte in die Politik einbringen. Politik wäre ärmer ohne Frauen, die mitgestalten“. Widmann-Mauz betont, dass in den vergangenen Jahren in vielen Bereichen Verbesserungen durchgesetzt worden seien, und zwar generationenübergreifend: Durch die Anerkennung von Kindererziehungszeiten werden rückwirkend die Leistungen von Frauen anerkannt, die aufgrund der Kindererziehung weniger im Erwerbsleben standen. Das Gesetz zur Förderung von Führungskräften wird dazu führen, dass zukünftig auch mehr Chefinnen Unternehmen leiten. Und um Gleichstellung als Querschnittsthema in wirklich allen Politikbereichen und auch in der breiten Gesellschaft zu verankern, wird eine Bundesstiftung eingerichtet, die sich wissenschaftlich fundiert insbesondere Fragen der gerechten Partizipation von Frauen in Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft widmet.

Die Schwerpunkte im neuen Koalitionsvertrag werden dazu beitragen, dass unsere Gesellschaft der Gleichstellung am Ende der Wahlperiode ein Stück nähergekommen sein wird. An einem Punkt hätte sie sich jedoch mehr im Koalitionsvertrag gewünscht: „Ich hätte mich gefreut, wenn wir im Koalitionsvertrag einen Arbeitsauftrag an das Parlament formuliert hätten. Wir werden über eine Reform des Bundestagswahlrechts sprechen und dafür wünsche ich mir eine Erweiterung. Wie muss eigentlich eine Wahlrechtsreform aussehen, damit wir mehr Frauen in unseren Parlamenten haben? Wenn dort nur Männer sitzen, ist das nicht automatisch gegeben, dass Gleichstellung zur Sprache kommt. Im Bundestag ist der Frauenanteil gesunken. Da müssen wir weiter dicke Bretter bohren. Umso mehr freuen mich die Nominierungen der CDU, die dem Anspruch gerecht werden, dass Männer und Frauen gleichberechtigt am Kabinetttisch sitzen. Da sind wir jetzt endlich im 21. Jahrhundert angekommen“, so Widmann-Mauz.

Annette Widmann-Mauz betonte außerdem, dass Gleichstellungspolitik mehr ist als Frauenpolitik: Gleichstellungspolitik bedeutet, darauf hinzuarbeiten, dass die Potenziale von Frauen und Männern gut in der Gesellschaft vorangebracht werden. Und darauf werden die Unionsparteien in der jetzigen Wahlperiode weiter hinarbeiten.

„Protektionismus-Spirale“ verhindern



US-Präsident Donald Trump will ab Ende März Schutzzölle auf Einfuhren verhängen - 25 Prozent auf Stahl und zehn Prozent auf Aluminium. Bis dahin wollen die Europäer die Zeit noch nutzen, um die US-Regierung umzustimmen. Der wirtschafts- und energiepolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Dr. Joachim Pfeiffer** (Wahlkreis Waiblingen) hat hierzu eine klare Meinung:

„Sollte der US-Präsident die angekündigten Schutzzölle tatsächlich verhängen, so wäre dies kein guter Tag für die transatlantische Partnerschaft und für den weltweiten Freihandel. Schutzzölle auf Stahl- und Aluminiumimporte gefährden amerikanische und europäische Jobs gleichermaßen. Das Gebot der Stunde lautet, einen kühlen Kopf zu bewahren und sich nicht in eine drohende Protektionismus-Spirale hineinziehen zu lassen. Denn dies könnte am Ende in einen echten Handelskrieg ausarten, bei dem alle Seiten verlieren.“

Europa sollte die USA zügig vor der Welthandelsorganisation verklagen. Gleichzeitig gilt es, den USA deutlich zu machen, dass die EU zu schmerzhaften Gegenmaßnahmen in der Lage ist. Wichtig ist vor allem, umgehend Maßnahmen zum Schutz der europäischen Industrie vorzubereiten, damit Stahl und Aluminium aus anderen Regionen, die von den US-Zöllen betroffen sind, nicht in den europäischen Markt hineingedrückt werden. Im Übrigen wird man in der US-Administration schnell begreifen, dass Strafzölle am Ende auch die US-amerikanische Industrie schädigen, die dann für die Vorprodukte Stahl und Aluminium mehr bezahlen muss. Hier bauen wir auf die Stimmen der freihandelsfreundlichen Republikaner im US-Kongress“.

Entlastung mit Augenmaß



Am Freitag wurde ein Gesetzentwurf der FDP-Fraktion zur Abschaffung des Solidaritätszuschlages debattiert, mit dem sie den Solidaritätszuschlag im Jahr 2020 vollständig abschaffen will. Zu dem Gesetzentwurf sprach auch **Olav Gutting** (Wahlkreis Bruchsal/Schwetzingen) für die CDU/CSU-Fraktion:

„Auch für uns hat die Abschaffung des Solidaritätszuschlages hohe Priorität. Nach nunmehr fast 25 Jahren hat er als Sonderabgabe sein Mindesthaltbarkeitsdatum erreicht und muss so

schnell wie möglich sein Ende finden. Allerdings können wir nicht, wie von der FDP gefordert, den Solidaritätszuschlag schon ab 2020 vollständig abschaffen, denn die Kosten für den Bund würden ca. 20 Milliarden Euro pro Jahr betragen. Dies würde bedeuten, dass der finanzielle Spielraum des Bundes von gerade einmal rund 45 Milliarden Euro für den ganzen Zeitraum 2018 – 2021 fast gänzlich aufgebraucht wäre. Da wir weiterhin an der schwarzen Null festhalten, wären Ausgaben des Bundes für die Stärkung der Familie, steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung, Investitionen in Digitale Infrastruktur, Stärkung des Wohnungsbaus und Innere Sicherheit nicht mehr möglich. Aus diesem Grunde haben wir auch im Koalitionsvertrag einen haushaltsverträglichen Beginn des Ausstiegs aus dem Solidaritätszuschlag zum Jahr 2021 vereinbart. Im ersten Schritt werden 90 Prozent der bisherigen Solizahler von der Sonderabgabe befreit. Das bedeutet ca. 10 Milliarden Euro Entlastung unserer Bürgerinnen und Bürger und gleichzeitig das Behalten von finanziellen Spielräumen für die Erhöhung des Kindergeldes, die Förderung des Wohnungsbaus, Digitalisierung und Aufwuchs bei Polizei und Justiz. Wir bleiben bei unserer Linie: der Soli muss weg, aber mit haushaltspolitischem Augenmaß.“

[Rede von Olav Gutting](#)

Vorgehen der Türkei in Afrin ist völkerrechtswidrig



Von **Thorsten Frei** (Wahlkreis Schwarzwald-Baar)

„Aufgrund von Anträgen der Oppositionsfraktionen haben wir im Deutschen Bundestag erneut das völkerrechtswidrige Agieren der Türkei im nordwestsyrischen Afrin debattiert. Seit dem Einmarsch der Türken am 20. Januar hat sich die humanitäre Lage der Menschen dort furchtbar entwickelt. Über 300.000 Menschen sind eingeschlossen. Entgegen der türkischen Ankündigung einer „sauberen Militäraktion“ werden auch Schulen und Hilfstransporte bombardiert. Leider lassen sich „gut“ und „böse“ in Syrien kaum mehr auseinanderhalten. Und selbstverständlich gilt es auch die türkischen Sicherheitsinteressen zu wahren. Die syrische YPG steht in Verbindung mit der PKK. Viel spricht dafür, dass sie sich nicht nur abstimmen, sondern auch Waffen austauschen. Und es ist auch richtig, dass Afrin und die benachbarten kurdischen Kantone als Rückzugsraum für PKK-Terroristen genutzt wird. Aber auch damit lässt sich die vielstrapazierte Formel „Krieg gegen Terror“ nicht rechtfertigen. In meiner Rede habe ich vor allem bemängelt, dass die Oppositionsanträge die schwierigen Gesamtzusammenhänge in der Region nicht in den Blick nehmen. Es zeigt sich jetzt eben, dass der gemeinsame Feind IS eben doch an vielen Stellen auch ein „Platzhalter“ für jeweils eigene Interessen der Akteure gewesen ist. Diese verschütteten Konfliktlinien sind nun mit aller Brutalität aufgebrochen.

Zum zweiten bedarf es einer effektiven Lösung, die den Menschen wirklich hilft. Was kann man in einer solchen Situation tun? Womit kann man effektiv helfen? Sicher nicht mit Empörungsrhetorik. Die deutsche Regierung hat daher die Aufrüstung türkischer Panzer gestoppt, sich um eine einheitliche Haltung in der EU bemüht und das Thema bei den UN platziert. Darüber hinaus wurde Afrin zweimal bei informellen Nato-Räten aufgesetzt. Das ist auch richtig: Schließlich verstößt die Türkei gegen alle Werte, die die NATO einet, provoziert einen Zusammenstoß mit dem NATO-Partner USA und bringt das Verteidigungsbündnis in eine Situation, in der ein Keil zwischen seine Mitgliedsstaaten getrieben werden könnte. Vor diesem Hintergrund geht es nicht um wohlfeile

Lippenbekenntnisse, sondern um eine klare Strategie. Dazu gehört, die Türkei darauf hinzuweisen, dass die UN-Resolution 2401 auch für sie gilt und die Waffenruhe zu akzeptieren ist. Zum dritten bedarf es einer politischen Lösung im Rahmen eines wiederaufzunehmenden türkisch-kurdischen Dialogs. Und zum vierten müssen wir als Europäer für die Zukunft die richtigen Lehren daraus ziehen und stärker daran arbeiten, dass wir in Krisen im europäischen Umfeld einiger, effektiver und entschlossener handeln können. Jedenfalls dürfen - wenn wir auf die Entwicklung Einfluss nehmen wollen - Gesprächsfäden nicht reißen.“

[Rede von Thorsten Frei](#)

„Bonjour Paris, da bin ich wieder!“



Angela Merkel und Emmanuel Macron sprechen heute Abend in Paris über den gemeinsamen europäischen Kurs. „Unterschiedlichkeit ist kein Problem, entscheidend ist der gemeinsame Wille voranzukommen“, sagt der Vorsitzende der Deutsch-Französischen Parlamentariergruppe, Andreas Jung, im Interview mit dem WDR.

[Audio-Beitrag mit Andreas Jung bei WDR 5](#)

Reden & Videos

Plenarsitzungen, Beiträge und Reden der baden-württembergischen CDU-Abgeordneten sind jederzeit abrufbar unter bundestag.de/mediathek.

Weitere Informationen finden Sie unter



Pressemeldungen

Aktuelle Pressemeldungen der CDU-Landesgruppe finden Sie unter www.cdu-lg-bw.de.

Kontakt

Platz der Republik
Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 - 70269
Fax 030 / 227 - 76251

info@cdu-lg-bw.de
www.cdu-lg-bw.de

Fotos: Fotolia/travelwitness (Reichstag), Tobias Koch (Kanzlerwahl).

Impressum:

CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg

Platz der Republik 1

11011 Berlin

[Newsletter abbestellen](#)